

Presseaussendung zur Pressekonferenz am 3.3.2026 Sperrfrist, 3.3.2026, 10:00 Uhr.

arbeit plus – Soziale Unternehmen Österreich, Dachverband Frauen- und Mädchenberatung, ABZ*AUSTRIA, sprungbrett, FORESIGHT Research

Geht Demokratie ohne Frauen?

Nicht vertreten, nicht wertgeschätzt, nicht gehört: Weshalb sich Frauen aus politischer Teilhabe zurückziehen und was Kürzungen in der Arbeitsmarktpolitik damit zu tun haben.

„Kürzungen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik sind Einsparungen in der Demokratie“

„Kürzungen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik sind direkte bis indirekte Einsparungen in der Demokratie. Das können wir uns nicht leisten. Nicht aus sozialer und wirtschaftlicher Perspektive, und nicht als demokratische Gesellschaft“, sagt Sabine Rehbichler stellvertretend für arbeit plus – Soziale Unternehmen Österreich, Dachverband Frauen- und Mädchenberatung, ABZ*AUSTRIA, sprungbrett, Organisationen, die diese Realität aus dem Alltag ihrer Arbeit kennen.

„Seit 2018 ist das Vertrauen von Frauen in das politische System massiv gesunken“

„Das Vertrauen von Frauen in das politische System ist geringer als jenes der Männer – und es sinkt seit 2018 kontinuierlich“, fasst Martina Zandonella von FORESIGHT Research die Ergebnisse des Demokratiemonitors 2025 mit Blick auf die Situation von Frauen zusammen. Nur noch jede dritte Frau (32%) glaubt, dass das politische System gut funktioniert – unter den Betroffenen im unteren Einkommensdrittel sind es 19%, unter Arbeitslosen 21%.

Die Ursache dafür liegt unter anderem in folgenden Faktoren: Frauen in systemrelevanten Berufen sowie im unteren Einkommensdrittel fühlen sich für ihre geleistete Arbeit seltener wertgeschätzt. Gemeinsam mit jungen Frauen berichten sie zudem davon, von der Politik weniger gut vertreten zu werden. Zwei zentrale Versprechen der Demokratie – Gleichwertigkeit und Mitsprache – bleiben damit für sie unerfüllt. „Die Folge: Viele von ihnen ziehen sich aus der demokratischen Beteiligung zurück. Nur noch jede vierte Frau (26%) im unteren Einkommensdrittel ist davon überzeugt, mit politischer Beteiligung auch etwas bewirken zu können.“

„Es ist wie ein Teufelskreis“

„Es ist wie ein Teufelskreis“, beschreibt Sophie Hansal vom Dachverband Frauen- und Mädchenberatung das Problem: „Alltagsbarrieren im Beruf, ungleich verteilte Care-Arbeit und fehlende Netzwerke verstärken sich gegenseitig: Wer nicht gesehen wird, zieht sich zurück. Weniger Repräsentation führt zu weniger Teilhabe, weniger Teilhabe zu noch weniger Einfluss.“ Die Zahlen des Demokratiemonitors bestätigen das: 61 % der systemrelevanten Berufe sind weiblich, doch nur 42 % fühlen sich gesellschaftlich wertgeschätzt. Noch dazu leisten Frauen täglich 4,3 Stunden unbezahlte Arbeit, Männer nur 2,5.

Doch Hansal sieht auch Lösungsansätze: „Wir müssen Strukturen stärken, die Mädchen und Frauen Handlungsmacht zurückgeben und ihre Teilhabe aktiv fördern. Genau das leisten etwa Beratungsstellen – sie sind ein zentraler Hebel, um diesen Kreislauf zu durchbrechen.“

Besonders jetzt, wo Demokratien weltweit unter Druck stehen, sei das eine gemeinsame Aufgabe.

„Arbeitslosigkeit hat zunehmend ein weibliches Gesicht“

„Arbeitslosigkeit hat zunehmend ein weibliches Gesicht“, sagt Sabine Rehbichler von arbeit plus. Seit Oktober 2024 ist der prozentuelle Anstieg der Frauenarbeitslosigkeit fast viermal so hoch wie jener der Männer. 147.437 Frauen sind derzeit arbeitslos, besonders hart trifft es Frauen über 50, deren Arbeitslosigkeit im Jahresvergleich um 9,7 Prozent gestiegen ist. Österreichweit gelten 101.536 Menschen als langzeitbeschäftigungslos, um 14,1 Prozent mehr als im Vorjahr, knapp ein Drittel davon Frauen. Viele weitere verschwinden gänzlich aus der Statistik, weil die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Care schlicht nicht möglich ist.

„Die Verfestigung der Langzeitbeschäftigungslosigkeit hat gravierende Folgen: sinkende Vermittelbarkeit, gesundheitliche Belastungen, soziale Isolation und steigende Armutsrisiken. Wir stehen vor der realen Gefahr einer Verfestigung der Sockelarbeitslosigkeit auf hohem Niveau“, warnt Rehbichler. Und wie der Demokratiemonitor zeigt: Frauen, die in dieser Situation leben, verlieren das Vertrauen in die Politik und ziehen sich aus der demokratischen Teilhabe zurück.

„Politische Teilhabe hat mit Ressourcen zu tun“

Besonders deutlich zeigt sich dieser Rückzug bei jungen Frauen. 72% der jungen Frauen in Österreich fühlen sich im Parlament „wenig“ bis „gar nicht“ vertreten. „Politische Teilhabe hat mit Ressourcen zu tun“, sagt Martina Fürpass von sprungbrett. Die jungen Frauen, die dort Unterstützung suchen, kommen aus sozial benachteiligten Familien, häufig mit Migrationsgeschichte, sind von Armut oder Wohnungslosigkeit betroffen, müssen im Gegensatz zu ihren Brüdern früh Care-Arbeit leisten, kämpfen mit psychischen Belastungen und Gewalterfahrungen.

„Aktuelle soziale Kürzungen verschärfen die Situation. Da bleibt nur wenig Zeit für politisches Engagement. Im sprungbrett unterstützen wir junge Frauen dabei, ihre eigene Stimme zu finden und den Mut zu fassen, diese auch zu erheben. In verschiedenen Workshops erfahren sie, was Solidarität und Zusammenhalt bedeuten können. Sie lernen, dass sie mit ihren Problemen nicht alleine sind, dass man miteinander Veränderung anstoßen kann, gemeinsam stärker ist“, berichtet Fürpass.

„Digitalisierung ist eine Frage der Chancengerechtigkeit und der Demokratie“

„Gesellschaftliche und demokratische Teilhabe findet heute zunehmend digital statt. Wer keinen sicheren Zugang zu digitalen Kompetenzen hat, ist nicht nur am Arbeitsmarkt benachteiligt, sondern auch in ihrer politischen Mitgestaltung eingeschränkt. Digitalisierung ist längst kein reines Technologiethema mehr. Sie ist eine Frage der Chancengerechtigkeit und der Demokratie“, sagt Manuela Vollmann, Geschäftsführerin von ABZ*AUSTRIA.

Mit den Projekten „Digital Überall“ und „Digital Überall Plus“ setzt ABZ*AUSTRIA niederschwellig und wohnortnah an, in Städten ebenso wie in ländlichen und abgelegenen Regionen Österreichs. Frauen lernen, Wahlkarten online zu beantragen, an Volksbegehren teilzunehmen, Dokumente digital zu unterschreiben. „Es geht um Unabhängigkeit, um Selbstbestimmung im Kontakt mit Behörden und um die Sicherheit, die eigenen Rechte eigenständig wahrnehmen zu können. Denn je sicherer Frauen digitale Möglichkeiten nutzen

können, desto selbstbewusster beteiligen sie sich, beruflich, gesellschaftlich und politisch“, so Vollmann.

„Das können wir uns nicht leisten. Nicht als demokratische Gesellschaft.“

Soziale Unternehmen und Frauen-Beratungsstellen schufen bisher genau jene Räume, die Frauen brauchen, um wirtschaftlich unabhängig zu werden und gesellschaftlich teilzuhaben. Sie erleichtern den Berufs(wieder-)einstieg, führen mittels Qualifizierungsprogrammen aus der Langzeitbeschäftigungslosigkeit und stärken Frauen darin, ihre Stimme zu erheben. In den kommenden Budgetverhandlungen wird entschieden, ob das so bleibt.

Denn wie sich aus dem Demokratiemonitor ableiten lässt, haben Budgetentscheidungen Auswirkungen, die weit über den Arbeitsmarkt hinausreichen: Eine Demokratie, die bei jenen Programmen spart, die Frauen wirtschaftliche Unabhängigkeit, gesellschaftliche Wertschätzung und Teilhabe ermöglichen, riskiert letztlich ihre eigene Substanz. Eine Demokratie ohne Frauen ist keine Demokratie. Das können wir uns nicht leisten. Nicht als demokratische Gesellschaft – davon zeigen sich arbeit plus – Soziale Unternehmen Österreich, Dachverband Frauen- und Mädchenberatung, ABZ*AUSTRIA und sprungbrett abschließend überzeugt.